

Saarland schiebt erneut nach Afghanistan ab

Saarbrücker Zeitung, 30. Juli 2026

VON FLORIAN RECH

SAARBRÜCKEN/LEIPZIG Erneut wurde aus dem Saarland ein Afghane abgeschoben. Laut Innenministerium handelt es sich um einen Straftäter. Nach Informationen unserer Zeitung war der 28-jährige Mann wegen versuchten Mordes angeklagt worden, nachdem er 2021 seinen ehemaligen Chef in Neunkirchen mit einem Messer angegriffen hatte. Das Landgericht Saarbrücken stellte damals die Schuldunfähigkeit des Täters aufgrund einer psychischen Erkrankung fest und ordnete die zwangsweise Unterbringung des damals 23-Jährigen in einer psychiatrischen Einrichtung an.

Nach Informationen der Bild-Zeitung wurde der Mann am Dienstag zusammen mit 30 anderen Afghanen (bis auf einen laut Bundesinnenministerium alles Straftäter) von Leipzig aus nach Afghanistan abgeschoben. „Wir setzen den Rechtsstaat kon-

sequent um“, kommentierte der saarländische Innenminister Reinhold Jost (SPD) die Abschiebung des Afghanen.

Es handelte sich dabei bereits um die zweite Abschiebung nach Afghanistan in diesem Jahr. Zuvor war ein weiterer Mann, der mehrfach straffällig geworden war – laut



Saar-Innenminister Reinhold Jost spricht von einer konsequenten Umsetzung des Rechtsstaats.

FOTO: LASZLO PINTER/
DPA

Innenministerium insbesondere wegen Drogen- und Körperverletzungsdelikten –, nach Afghanistan abgeschoben worden.

Das saarländische Innenministerium hat angekündigt, auch Personen nach Afghanistan abzuschicken, die keine Gefährder oder Straftäter sind. „Wer ausreisepflichtig ist, muss Deutschland

verlassen“, teilte das Innenministerium mit. Im Saarland sind aktuell insgesamt 2.107 Personen vollziehbar ausreisepflichtig, davon 83 afghanische Staatsangehörige. Der Entscheidung, ob Abschiebungen vollzogen würden, gehe stets eine Einzelfallprüfung durch die Ausländerbehörde voraus. Dabei werde auch geprüft, ob einer Abschiebung Gründe entgegenstünden. „In diese Bewertung fließen selbstverständlich auch persönliche, rechtliche und humanitäre Aspekte ein“, teilte das Ministerium mit.

Die Partei Die Linke und der Saarländische Flüchtlingsrat kritisieren die Entscheidung der saarländischen Landesregierung scharf, nach Afghanistan abzuschicken. Der Linken-Landesvorsitzende Florian Spaniol sagte, Afghanistan werde von einem islamistischen Terrorregime beherrscht. Wer Menschen in die Hände der Taliban abschiebe, nehme ihre Gefährdung oder ihren Tod in Kauf. (jos)